

Sozialistische Linkspartei / SLP
Österreichische Sektion des CWIWW
Kaisergasse 14/11; A-1070 Wien
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11
E-Mail: slp@cwiiw.at

Sozialabbau trifft uns alle!



Gegenwehr!

Sie sollen zahlen Kranke, Alleinerziehende, Frauen, Pensionisten, Ausländer, Beamte, Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten. Sie werden immer reicher: Die 0,6% der Österreicher die 1/3 des Gesamtvermögens besitzen. Die Raubritterpläne der Bundesregierung betreffen alle jene, die wenig oder nichts haben.

**Andrea Koch;
Betriebsräatin ÖMV**

Schon jetzt leben über 600.000 Menschen in Armut und sind hundertausende weitere davon bedroht. Mit bis zu 14.000 Schilling jährlich, die einer Familie jetzt durch die „Neuordnung“ des Beihilfensystems gestohlen werden, bedeuten für viele den totalen Abstieg. Es sind die 350.000 die netto 10.000 oder weniger verdienen, die diese Maßnahmen am härtesten trifft. Von der Streichung des erhöhten Karenzgeldes sind 50.000 Mütter betroffen. Es ist mehr als zynisch, wenn Millionenverdiener solchen Alleinerziehenden Innen Sozialschmarotzertum vorwerfen, wenn sie statt 5.300,- Schillingen 8.000,- bezogen haben.

Die Reaktionen aus zahlreichen Betrieben zeigen, daß die Arbeiterschaft bundesweit nicht länger bereit ist, zusätzliche Einsparungen über sich ergehen zu lassen. In vielen, vor allem in Großbetrieben haben Betriebsräte und Belegschaften dagegen Resolutionen und Protestschreiben, oft mit Streikdrehungen, verfaßt und unterstützt. Im Gemeindebereich gab es Protestversammlungen, bei den Verkehrsbetrieben Warnstreiks. In mehreren Unterschriftenlisten, die bereits von Tausenden unterzeichnet wurden, wird die ÖGB-Spitze zum Kampf gegen das Sparpaket aufgerufen.

Die „sozialdemokratischen“ Mitglieder dieser Regierung sind voll für dieses Abkommen verantwortlich.

Sie haben sich deutlich wie nie zuvor auf Seite der Unternehmer und SpekulantInnen gestellt. Ihnen gegenüber kann und darf es keinerlei Parteidisziplin geben. Auf SPÖ-Konferenzen wird die Parteiführung massiv in Frage gestellt, Vranz hat als Allheilmittel ausgedient.

Der Druck aus den Betrieben ist allerdings so groß, daß selbst Gewerkschaftsspitzen wie ÖGB-Präsident Verzetsnitsch gegen die Parteilinie auftreten und die Pläne der Regierung kritisieren. Sogar der Arbeitnehmerflügel der Unternehmerpartei ÖVP hat inzwischen den Unmut von unten zu spüren bekommen. Anders sind die plötzlich relativ radikalisierten Töne dieser Leute nach Jahrzehntelangem Schweigen nicht zu erklären. Durch öffentliche Aussagen gegen das Sparpaket soll offenbar versucht werden, die Gemüter wieder zu beruhigen. Verzetsnitsch hat bereits klar gestellt, daß er von Kampfmaßnahmen nichts hält. Es ist daher wichtig, die kämpferischen Kräfte in- und außerhalb des ÖGB zu sammeln, um eine einheitliche Ablehnungsfront gegen die Angriffe aufzubauen und aufrechtzuhalten. Nur so können wir die ÖGB-Führung zwingen, offensiv gegen das Koalitionsübereinkommen aufzutreten (oder zurückzutreten!). Der ÖGB muß österreichweite Kundgebungen organisieren und Betriebsrätekonferenzen einberufen, um Kampfmaßnahmen vorzubereiten.

Gegenüber der Mehrheit der Arbeitnehmer, die in einer breiten Protestbewegung auftreten, gegenüber einer



Betriebsversammlung in Wien!

Streikbewegung über Betriebs- und Parteidistanzen hinweg, wäre auch eine SPÖ-ÖVP-Koalition machtlos.

Sollte der ÖGB versagen und dieses Sparpaket wirklich werden, würden sich vermutlich tausende aus Enttäuschung „privatisieren“ und viele aus Protest Jörg Haider in die Arme laufen. Eine Regierung Haider könnte als in die Realität umgesetztes Schäumermärchen die restlichen Rechte der arbeitenden Bevölkerung beseitigen.

Das Sparpaket soll aus Sicht der Unternehmer ein Meilenstein in eine Zukunft der völligen politischen und sozialen Entrechtung sein. Der ÖGB muß diesen Stein mit seinen Millionen Mitgliedern in die Hand nehmen und zum Grabstein für diese Entwicklung machen.

Wir fordern:

- **Weg mit dem Sparpaket!**
- **Kampf den Plänen der Bundesregierung!**
- **Der ÖGB muß durch Betriebsversammlungen Kampfmaßnahmen wie Streiks vorbereiten!**
- **Für eine sofortige Umverteilung von oben nach unten!**
- **Für eine Gesellschaft, die sich nicht an wenigen Reichen orientiert!**

Der Standpunkt:

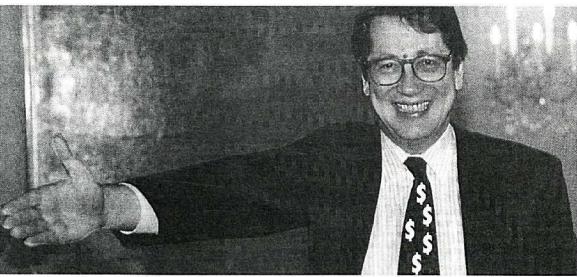
Italienische Verhältnisse?

„In Italien streiken sie, bei uns gehen die Sozialpartner zum Heurigen und alles paßt.“ Und wenn's sonst ein Problem gibt, ein Anruf der Gewerkschaft genügt. So oder so ähnlich wurde das Bild des „österreichischen Wegs“ in der Vergangenheit gezeichnet. Und plötzlich verstehen die ÖGB-Funktionäre „da Welt nicht mehr“. Ohne sie zu fragen, soll quasi über Nacht ein Schrift im sozialpolitische Gruselkabinett der Vergangenheit gesetzt werden.

Das Sparpaket ist ein durchaus „italienischer“ Angriff. Seine Dimension vergleichbar mit dem, was Berlusconi derzeit versucht durchzusetzen. Wobei anzumerken ist, daß „italienische“ Politik von Unternehmen in ganz Europa betrieben wird. Die ÖGB-Führung hat das offensichtlich nicht begriffen, denn sie handelt „österreichisch“. Da nutzt es auch nichts, wenn Fritz Verzitschin des Europäischen Gewerkschaftsbundes ist. Denn mystisch von irgendwelchen Maßnahmen und Strategien zu sprechen die in den Tresoren der Gewerkschaftszentralen liegen, ist die Reaktion einer ÖGB-Führung, die die Zeichen der Zeit nicht versteht und wahrscheinlich auch nicht kann. Die klassische Form der Sozialpartnerschaft hat aus Sicht der Wirtschaftsbosse ihre Schuldigkeit getan. Sie war brauchbar für diese in Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs, um den Klassenfeinden aufreiz zu erhalten. Der Preis, den die Arbeitnehmerorganisationen im Ablauf für die Beteiligung an der Staatsmacht bezahlten, war hoch: Einseratis gab es eine schlechtere Verschiebung der Einkommen zu Gunsten der Unternehmer. Und andererseits die „Entwaffnung“ von ÖGB und AKF als Kampfinstrumente der Bevölkerungsmehrheit. Eng verknipt war damit auch das Wuchern von Postenschändern und die Ausbreitung des Privilegsumpfs. Jetzt gehen die Bosse und ihre Regierung in die Offensive. Betriebsversammlungen und verbale Proteste sind als Protest auf diese Offensive eine gute Sache. Das Problem ist, daß sich die Bundesregierung einen Dreck um diese Aktionen geschart hat. Worte reichen im Österreich der 90er Jahre nicht aus um auf die größte Angriffsweile seit 1945 zu antworten. Auch mit SPÖ-Führung kann es hier keine Solidarität geben. Im Gegensatz zur Gewerkschaftsspitze ist den meisten Menschen klar, daß Vranitz und seine Spießgesellen auf der anderen Seite stehen. Es ist eine Parteidurchführung, die in keinem einzigen Platz die Interessen von Arbeitnehmern und Jugendlichen vertreten. Wie sonst hätte ein Konsens mit der ÖVP bei diesen Verhandlungen gefunden werden können. Jetzt ist es offensichtlich geworden, daß die SPÖ-Spitze ein klarer Gegenstand in jeder politischen und sozialen Auseinandersetzung ist. Das Regierungsbündnis und die große Koalition sind eine Kampfansage an uns, vor allem auch an die SPÖ-Basis. Es ist ein rechter Plan einer rechten Regierung. Wenn es gelingt, ihn umzusetzen, wird vor allem die FPÖ weiter Auftrieb erhalten. „Italienische“ Verhältnisse - also die „Forza Haider“ - zu verhindern, heißt heute den Widerstand gegen rechte Politik, gleich, von wem sie kommt zu organisieren.



Von John Evers



Michael Gehmacher

Lacinas Groschenroman

Das Regierungsbündnis ist eine Kampfansage an alle Arbeitnehmer und Jugendlichen. Es markiert das Ende der bisherigen Sozialatmosphäre beim Sozialablauf. Ließ die SPÖ vor dem 9. noch verlaubaren: „der Aufschwung muß allen Österreichern zu Gute kommen“, so kann man dies nach Bekanntwerden der Regierungspläne nur als reinen Hohn bezeichnen.

David Mün
AKÖ Wien-West

Beim Durchlesen des Regierungsbündnisses dringt sich einem unweigerlich die Frage auf, ob die Verhandlungen wirklich mit der SPÖ geführt wurden. Denn alles, worum es darin geht, ist, es den Unternehmern schmackhaft zu machen, in Österreich zu investieren, die Privatisierung weiterzuführen, bei den Staatsausgaben zu sparen und das Budgetdefizit auf Kosten der Arbeitnehmer zu reduzieren. Alte Schlagwörter der Sozialdemokratie wie Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit oder gar Unverteilung von Reichen zu den Armen sucht man vergeblich.

Was die Unternehmer angeht, entfällt die Vereinbarung u.a. folgende Punkte: „den gesamtwirtschaftlichen Ordnungsrahmen so zu gestalten, daß die heimische Industrie möglichst günstige Wachstums- und Wettbewerbsbedingungen vorfindet, die Privatisierung der Sonderunterstützungen für ältere arbeitslose Arbeitnehmer, Erhöhung der Differenz zwischen Arbeitsloser und Notstands hilfe (92,95 auf 80%).“

Das trifft gerade die sozial Schwachen sehr stark. Eine durchschnittliche Familie verfürt 4.477 ös pro Jahr. Eine alleinerziehende Bezieherin der Notstands hilfe verfürt im Jahr 20% (!) ihres Einkommens, nämlich 24.216 ös.

Das ist keine vollständige Aufzählung. Es handelt sich um ein Programm, das die Thaater und Kohl, das Defizit durch einen massiven Sozialablauf auf Kosten von Arbeitern, Arbeitslosen, Beamten, Pensionisten, Familien und Studenten abauen soll.

„Anhebung der Höchstgrenze für die tägliche Normalarbeitszeit (also Lohnentnahmen wegen Wegfall von Überstunden);

„Liberalisierung der Öffnungszeiten (Handelsangestellte sollen rund um die Uhr arbeiten);

„höhere Kostenbeteiligung bei Kurzzeitverhältnissen, die dann teilweise dem Urlaubsanspruch angerechnet werden;“

„Durchforstung der Berufskrankheiten;“

Bei den Beamten waren die Herren Lacina und Dietz überhaupt sehr ehrfurchtsreich:

„Aussetzung eines Biennialsprungs, das kostet Beamten ab diesem Zeitpunkt ös 8.400 -- jährlich, ein jun-

pagandistische, nach der es den Arbeitnehmern besser geht, je besser es den Unternehmern geht. Denn, wenn diese wenig Steuern zahlen müssen und hohe Profite haben, dann können sie viel investieren und das schafft ja dann auch neue Arbeitsplätze. Deswegen kann man die Unternehmer natürlich auch nicht besteuern, auch wenn ihre Gewinne in den letzten Jahren viel stärker gestiegen sind als die Löhne, denn dann investieren sie ja nicht mehr in Österreich und das bedeutet ja höhere Arbeitslosigkeit.“

Es zeigt sich, daß die Möglichkeiten von Politik für die Arbeitnehmer im Rahmen des kapitalistischen Sys-



WIDERSTAND: Studentendemo

stems heute nicht gegeben sind. Folgt man den marktwirtschaftlichen Sachzwängen, dann kommt ein solches Programm heraus. Jede Verbesserung für die Arbeiter steht an den Grenzen des Systems. Deswegen kann man nur mit einem sozialistischen Programm sozialen Fortschritt erreichen.

Drohen die Unternehmer bei Steuererhöhungen, mehr Arbeitnehmerrechten oder sonstigen Verbesserungen für die Belegschaft mit Investitionsstopp oder gar Schließen oder Verlegen des Betriebs, muß man sie entgegen. Dazu muß man auch international mit den Kollegen zusammenarbeiten, damit die Spirale zur Lohnsenkung durch Abwandern in Billiglohnländer gestoppt wird.

Die jetzige Parteidurchführung hat gezeigt, welchen Weg sie geht. Denn einer Politik, die sich prinzipiell von der ÖVP vor allem durch ein unterschiedet, durch nichts. Dagegen ist Widerstand angesetzt. Dies Regierungsbündnis, das für die Arbeitnehmer und alle Betroffenen eine Freiheit darstellt, muß überall bekämpft werden. In den Betrieben, den Schulen, Unis, in den Gewerkschaften und nicht zuletzt in der SPÖ selbst.

Warum das Geld nicht von denen geholt wird, die es haben, nämlich Unternehmern und Spitzenverdienst, wird von Lacina oder Vranitzky damit begründet, daß das nichts bringt. Die Logik die dahinter steht ist schnell ersichtlich. Das alles entspricht genau der bürgerlichen Pro-

Zur Hölle mit der Kirche

Wir gratulieren! Kurt Krenn, Weihbischof von St. Pölten wird zum Fernsehparrer befördert. Jetzt können wir endlich auch in TV die „geradlinigen“ Sprüche des katholischen Rechtsaußen genießen.

Michael Hofnagler
AKÖ Wien-Ost

Jedoch die Einschätzungen für ein derartiges Spektakel dürften nicht allzu üppig ausfallen, denn mit seinen leidlichen Aussagen hat sich Krenn wieder einmal ins Aus befördert. Wie vom Teufel besessen fordert er die Einhaltung seiner mittelalterlichen Vorstellungen von den Gläubigen ein.

Die Meinung, daß wiederhergestellte Nächtlingsgänger nicht mehr die „heilige Kommunion“ (für Nichtchristen: Oblate) empfangen dürfen, teilen nur wenige. Allgemein sind gerade mal 21% der Gläubigen der Aufassung, daß die Kirche in ethischen Angelegenheiten ein Mitspracherecht haben sollte. Von diesen 21% teilen 5% die Ideen von Krenn. Insomma haben Krenn & Co. aber noch 1% der Katholiken hinter sich.

Für den Papst ein Grund, mehr

Impressum:
Editor: Hans Peter und f.d. Vorwärts
Verein VORWÄRTS zur sozialistischen Demokratie,
P.O. Box 1000, Wien
Druckerei Bruckner, Bruckner, 1010 Wien,

Guten Morgen ÖGB!

Gegen das Sparpaket formieren sich in ganz Österreich Protestinitiativen. Da sich die ÖGB-Spitze mit ihren Maßnahmen im wesentlichen auf Protest via Pressekonferenzen beschränkt, sind selbst aktiv geworden. „Guten Morgen ÖGB“ wird unterstützt, 2) am 28.1.95 wird es eine erste Großaktion geben, am 14.1.95 eine bundesweite Konferenz. Weiters wurde für Ende Februar/Anfang März eine bundesweite Großdemonstration beschlossen. Wenn Du mitmachen willst, ruft uns einfach an: 0222/ 59 70 432.

Michael Gehmacher

Unterschriftenliste:

Spart Euch Euer Sparpaket! Aktionstag 17. Dezember

15 Uhr Infotisch
17 Uhr Kundgebung
bei der U3-Station Neubaugasse
19 Uhr Diskussionsveranstaltung
Cafe G'schamter Diener,
Stumpergasse 19, 1060 Wien
20.30 Uhr Festlsga, Windmühlgasse

Sozialist kämpft für Soldatenrechte!

Vorwärts führt ein Interview mit Heinrich Weingartner, der in seiner Wehrzeit Soldatenreverte war und jetzt in die parlamentarische Bundesheer-Beschwerdekommission kommt.

Rechte schaffen und habt euch einige Fälle ausgefochten. Ein weiters Gebiet mit großen Mengen ist das militärische Gesundheitswesen. Soldaten werden oft nicht ernst genommen und als Simulanten dargestellt.

Vorwärts: Du kommst jetzt als Erstz-Mitglied in die parlamentarische Bundesheer-Beschwerdekommission. Was sind die Aufgaben dieser Einrichtung?

Ein weiteres Gebiet mit großen Mengen ist das militärische Gesundheitswesen. Soldaten werden oft nicht ernst genommen und als Simulanten dargestellt.

Vorwärts: Danke für das Interview!

W. Warum bist Du als Vorwärts-Unterstützer zum Bundesheer gegangen? Was waren Deine politischen Überlegungen?

Heinrich: Die Kommission, die von den Parlamentsparteien entsprechend ihrer Mandatstärke besichtigt wird, behandelt Beschwerden von Soldaten über Mißstände, erlittene Unrecht, Schikanen durch Vorgesetzte....

Die Kommission gibt bezüglich der Beschwerderledigung eine Empfehlung den Minister. Man muß solche Möglichkeiten natürlich voll ausschöpfen. Doch eine echte Möglichkeit die Situation der Soldaten zu verbessern, gibt es in vielen Bereichen nicht. Sein Recht muß man sich durch öffentliche Aktionen erkämpfen.

Vorwärts: Was waren Deine Erfahrungen beim Bundesheer?

W. Wir lassen dich nicht alleine. Im Betrieb, in der Schule, beim Heer... Bei Vorwärts arbeiten aktive Jugendliche aus verschiedenen Bereichen mit. Kämpfe mit!

Heinrich: Grundsätzlich ist der Zivildienst eine zu verteidigende Errun-



genossenschaft. Aber er hat auch die objektive Funktion, kritische Elemente einzufügen.

Ein weiteres Gebiet mit großen Mengen ist das militärische Gesundheitswesen. Soldaten werden oft nicht ernst genommen und als Simulanten dargestellt.

Vorwärts: Danke für das Interview!

W. Warum bist Du als Vorwärts-Unterstützer zum Bundesheer gegangen? Was waren Deine politischen Überlegungen?

Heinrich: Ich habe beim Bundesheer Mißstände wie z.B. morale monachistische Traditionspflege (Kaiseraufnahmen bei der Angelobung) und sogar das Einsetzen von rechtsextremen Elementen (VAPO-Mitglied als Zeitsoldat) erlebt. Eine wichtige Erfahrung war meine Tätigkeit als Soldatenvertreter. Ich wollte unter den Präsidienzern das Bewußtsein zu mindest für das Ausschöpfen ihrer

Österreich VORWÄRTS

Kurz & Bündig

Angepaßter ÖGB verliert Mitglieder

Rund ein Prozent seiner Mitglieder hat der ÖGB 1993 verloren. Am stärksten betroffen sind Gewerkschaften wie die Textilarbeiter- und die Druckergewerkschaft. Zur selben Zeit, in der die Arbeiterkammer massiv unter Beschluß gerät, hat auch der ÖGB seine Probleme. Aber anstatt gemeinsam gegen die Angabe vorzugehen, kommt aus der GPA der Vorschlag, die AK in Zukunft nur mehr als Abteilung des ÖGB zu führen - ein Vorschlag ganz im Sinne der Bürgerlichen. Anstatt auf den Mitgliedschwund, der im wesentlichen auf die Passivität der Gewerkschaft zurückzuführen ist, zu reagieren, wird die Vorschläge der Bürgerlichen nachgegeben.

Innsbruck-Demonstration

Nach dem geheimnisvollem Tod eines Antifaschisten wurde jetzt ein neuer Skandal rund um das Innsbrucker Rechtsextremismus. Kurz nachdem der GPA-Vorsitzende Salmutter mit radikalen Meldungen in die Medien gekommen ist, wurde der diesjährige Kollektivtag für die Handelsangestellten abgeschlossen. Ergebnis: Eine durchschnittliche Gehaltserhöhung um 3,6%, wobei nur Berufsgruppen weniger erhöhten. Der Abschluß gilt für rund 320.000 Handelsangestellte und liegt nur knapp über der Inflationsrate. Die Verluste durch Sparpaket werden damit sicher nicht ausgleichen. Protest oder gar Kampfmaßnahmen gibts der GPA keine. Außerdem liefert die linken Gegendemonstranten überwacht, Telefone und Mailboxen seien abgehört worden, Stix legte eine Liste von Telefonpostkollen vor. Möglicherweise das laut Stix „Vertreter des Rechtsstaates“. Nebenbei sei nochmals an die Morddrohungen, die ein AKÖ-Mitglied nach der Attacke von Meissberger erhielt, erinnert.

Erfolg bei der GPA

Die Initiative „Plattform für das passive Betriebsratswahlrecht für Immigrantinnen und Immigranten“, bei der auch Vorwärts-Unterstützer mitarbeiteten, brachte einen Initiativantrag beim 13. Gewerkschaftstag der GPA ein. In diesem Antrag forderten wir, daß eine Kampagne für das passive Betriebsratswahlrecht in Gewerkschaften und Betrieben gestartet werden soll. Es war schon überraschend, daß sich genug Delegierte fanden, die den Antrag formal einbrachten. Daß er dann auch noch angenommen wurde, war ein sehr großer Erfolg!

Linker Nazi Hardlicka?

Die Aussage Hardlickas über den deutschen Liedermacher Biermann erregte großes Aufsehen. Das ist klar, aber da er dann als „Linker Nazi“ (was ist das?) bezeichnet und der Abrund des von ihm gemachten antifaschistischen Mahnmals gefordert wird, hilft hier überhaupt nicht weiter. Einer seriösen Auseinandersetzung hat Profil, mit diesen Statements sicher nicht geholfen. Biermann biedert sich mit seiner Anti-PDS-Hysterie den Herrschenden an, doch die Nürnberger Rassengesetze würden wir sicher niemanden an den Hals wünschen.



Schlachtfeld Bosnien!

Es ist der dritte Winter im Krieg für Ex-Jugoslawien. Die Aktion „Nachbar in Not“ läuft jetzt wieder auf Hochtouren. Alle spenden sie, der Kanzler, die Minister, die FPÖ...aber vor allem Millionen österreichische Arbeitnehmer. Die Heuchelei der Regierenden und der Betrug an den kleinen Spendern ist grenzenlos: Denn gleichzeitig sind zehntausende Bosnier noch immer nicht als Flüchtlinge anerkannt und werden Unzählige abgeschoben und abgewiesen. Elend und Perspektivlosigkeit für alle Volksgruppen gehen weiter und sind zur „Gewohnheit“ geworden. Keine Chance für den Frieden 1995?

von Thomas Prieler,
AKÖ-Wien-West

Durch eine kräftige finanzielle Unterstützung der islamischen Staaten, ist es den Moslems innerhalb eines Jahres gelungen, eine schlagkräftige Armee aufzustellen. Die Situation heute: Eigene Uniformen, jeder hat eine eigene Waffe und genügend Munition. Die Folge: Mitte November gelang den Moslems und Kroaten gemeinsam ein erfolgreicher Schlag gegen die bosnischen Serben. Erstmals im Bosnien-Krieg konnten sie eine Fläche von 350 Quadratkilometern erobern und vertrieben 11.000

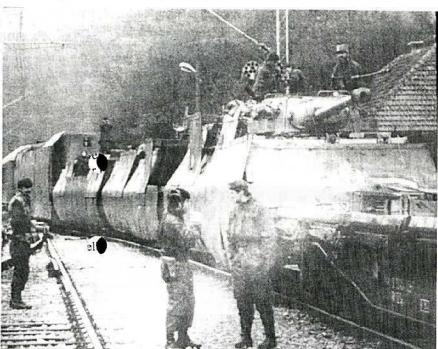
serbische Familien.

Radovan Karadžić, serbischer Staatsherr in Bosnien, stellte daraufhin alles für den Gegenschlag zu Verfügung und gewann letztendlich die verlorenen Zone um Bihać zurück. Eine weitere Episode im „endlosen“ Krieg.

Wie kam es zu dem Krieg

„Die Geschichte des Balkans ist doch voll von kriegerischen Auseinandersetzungen, das liegt eben im Blut“, lautet ein gängiges Vorurteil. Doch das erklärt nicht, warum Jugoslawien 40 Jahre im kalten Frieden gebliebt ist und die Konflikte jetzt hervorgebrochen sind. In der Geschichte vor 1945 war der Balkan immer der Spielball der Großmächte. Vor allem Kroaten und Serben wurden gegeneinander auspielt. Es gab aber auch immer eine „panjunglawische Idee“, die letztlich nur von den Kommunisten konsequent vertreten wurde.

Tito Partisanenarmee, die das Land von Faschismus befreite, war eine multinationale Streitkraft. Ihr Sieg war der Grundstein zur Einigung des Landes. Weitere positive Schritte wurden gesetzt: Die Verstaatlichung und Planung der Wirtschaft. Doch obwohl Stalin Tito bekämpfte, übernahm Tito im Grunde Staats-Herrschaftssystem:



Nicht das Volk sondern eine allmächtige Bürokratie beherrschte das politische und wirtschaftliche Leben. Der Unterschied zwischen Jugoslawien und den meisten anderen sozialistischen Staaten bestand vor allem in der Isolation von Titos Staat, der ihn zu mehr Flexibilität und Zugeständnissen gegenüber den Massen aber auch dem Westen zwang. Der Aufschwung, den Jugoslawien zunächst nahm, war enorm, aber durch die Bürokratie beschränkt. Ein wesentlicher Punkt, das Nord-Süd-Gefälle, wurde nicht beseitigt. Nationalitätenkonflikte wurden von verschiedenen Gruppen der Bürokratie immer wieder benutzt, um die Arbeiter zu spalten. Bereits unter Tito kam es zu Zersetzungsbemühungen, die sich nach seinem Tod 1980 beschleunigten. Entscheidendes Anteil hatte der Westen: Der Internationale Währungsfonds zwang Jugoslawien, auf Grund der hohen Verschuldung, zu einem rigorosen Sparprogramm. Mazedonien, Montenegro und der Kosovo gingen bankrupt. In ganz Jugoslawien kam es darauf hin Ende der 80er Jahre zu gewaltsamen Streitkämpfen. Die herrschende Clique in Slowenien und Kroatien nahm

meinsam, Das Problem war, daß es kein klares Programm über den Kampf für Lohnerhöhungen hinausgehend gab. Die Lohnerhöhungen wurden von der Inflation sofort zu nutzte gemacht. Erst das Abbrechen dieser Kämpfe machte den Weg frei für das nationalistische Chaos.

Die Belgrader Bürokratie schickte unter einem Vorwand die Arme in den zu 90% von Albanern bewohnten (wie Deutschland und Österreich), unterstützten die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens und halfen mit, das ehemalige Jugoslawien in sich feindlich gegenüberstehende „Nationen“ zu spalten. Anderen,

wie den USA, war es zunächst egal, welche Ruhe und Ordnung kehrte wieder ein. Der zunächst vor allem kroatisch-serbische Krieg verlagerte sich zunehmend auf Kroatien, Moslems und Bosniens, als Mittel zum Zweck, gemeinsam in einer Front gegen die bosnischen Serben, die mittlerweile 70% von Bosnien kontrollierten, obwohl nur ca. 31 Prozent der Bevölkerung sich als Serben deklarierten. Der Krieg in Bosnien ist kein Krieg der „Nationen“, es geht rein um Gebietsgewinne, die reichen Bodenschätzungen und Energiequellen sind (z.B. Kohlevorkommen im Bihać).

Kann der Westen den Frieden bringen?

In den westlichen Staaten hatte man schon genügend Pläne, wie die jugoslawischen Krise zu lösen sei. Die vereinbarten Vance-Owen und Vance-Stoltenberg-Pläne sind jedenfalls ein Begriff. Die Grenzen der Teilungspläne wurden auf den Schreibtischen in Brüssel gezeichnet. Und wieviel haben sie genutzt? Nichts! Wie oft hat es schon Waffenstillstandsabkommen gegeben, die nicht eingehalten wurden? Hinter diesem Krieg stehen bestimmte Interessen, diesen auch fortzuführen. Spekulanten und Unternehmer, Waffenschmiede und Politiker, denen es nur um Machtgewinn geht, sind dafür nur einigermaßen verantwortlich.

Die USA und die EU installierten UNO-Schutztruppen. Doch wie schauen diese aus? In der Schutzzone von Sarajevo sind Treibstoff und Lebensmittel schon bald für die UNO-Soldaten Mangelware - von einer Versorgung der Bevölkerung kann keine Rede sein. Die UNO-Soldaten selbst sind schlecht ausgerüstet, sie ist nur jeder 5. UNO-Soldat im Besitz einer Waffe. Die Vereinten Nationen sind politisch gespalten! Einigen haben Angst vor einer Eskalation, die anderen wollen die Serben eins auswischen und die dritten setzen sich gegen die Gefahr des „Panlawismus“, der angeblich von Russland aus gesteuert wird, zur Wehr. Am liebsten würde der Westen eben einfach das Land sich selbst überlassen. Dabei gibt es jedoch wesentliches Problem: Nicht nur in Bosnien ist die Lage gespannt. Von der Slo-

wakei über den Balkan bis in die Türkei brodelt es bereits. Der Funke könnte leicht überspringen.

Kampf dem Krieg

Ist eine Intervention der NATO oder UNO die Lösung? Nein, sicher nicht! Im Gegenteil, die Gebiete in Jugoslawien würden erst nach „westlichen“ Gesichtspunkten geteilt werden. Konkret heißt das: Vertreibung und Vernichtung von allen der Serben. Diese Trennungslinien würden niemals akzeptiert werden, die „Liberation“ (also ein Dauerkrieg) die Folge. Natürlich hat jedes Volk das Recht auf Selbstbestimmung, doch keiner Führung der jeweiligen Gruppe geht es darum. Alle Kriegsparteien haben nur ein Ziel - Machtgewinn! Keine Armee führt einen gerechten Krieg. Eine Teilung des Vielvölkerstaates Bosnien in „ethnisch einheitliche Miniaturstaaten“ ist erstens nur durch Säuberungswellen möglich und zweitens eine Illusion. Die Bevölkerung teilt sich nicht in „Rassen“. Moslems, Seinen und



Was ist Nationalismus?

Der Begriff der Nation wurde im 18. Jahrhundert geprägt und ist verknüpft mit dem Aufstieg und Sieg der kapitalistischen Produktionsweise. Der Kapitalismus brauchte große wirtschaftliche Räume, um sich voll entfalten zu können. Die mittelalterlichen feudalen Schranken (Zünfte, lokale, ländmännische und berufliche Unterschiede) waren zu einem Hemmschuh geworden.

Harald Kratochvíl; SJ Brigittina;

tigt den Nationalstaat, um „ordentlich wirtschaften“ zu können, das heißt um „ihre“ Produktionsbedingungen aufrechtzuhalten. Sie braucht auch den „nationalen“ Staatsapparat, um ihre Interessen im Innen und Außen abzusichern. Das Proletariat ist von seiner Position her sowohl eine nationale, als auch internationale Klasse. Sie ist national, weil sie Teil der kapitalistischen Nation ist und international, weil sie Teil der internationalen Arbeitersklasse ist, die durch gleiche Lebens- und Arbeitsbedingungen geprägt, ein gemeinsames Ziel, die Überwindung der kapitalistischen Ausbeutungsordnung verfolgen muß.

Es gibt also keine einheitliche nationale Psyche, da die einzelnen Interesse an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung und haben, aber auch überlieferter Traditionen (nationale Besonderheiten) in der Psyche der Menschen verankert ist. Doch gibt es auch eine klassenunterschiedliche Nationalismus wird von den Herrschenden dazu verwendet, um die Arbeiter gegenseitig aufzuteilen.

Kriegsmüdigkeit

"Objektive" Medienberichterstattung

Ein Krieg spielt sich nicht nur auf der militärischen Ebene ab. Die „Medienschlacht“ spielt eine wichtige Rolle.

In Österreich und Deutschland wurde von Anfang an ein klares Freund- und Feindbildschirm geschaffen.

„Jug-Bomber über Graz“ titelte die Kronenzeitung am Tag der Kriegsbeginn. Aus den Serben wurden die „Schlächter vom Balkan“.

Der „liberalen“ Hans Rauscher schrieb am 26.6.91 im Kurier:

„Natürlich trifft nicht nur die Serben die alleinige Schuld, aber ihre großserbischen Träume sind in letzter Analyse der eigentliche Grund, warum sich die anderen jetztigen Jugoslawen nicht wohl fühlen. Österreich sieht das klar als die EG und die USA“. Kein Wort von der Unterdrückung der Serben in Kroatien und vom kroatischen Nationalismus. In letzter Analyse sind ja doch die Serben mit ihren „großserbischen“ Träumen schuld. Was auch dem Standard nicht gefiel: Als „Kleinserbien und kurzfristig“ wurden da die EU-Regierungen bezeichnet. Die Medien nahmen es mit der objektiven Berichterstattung nicht sehr ernst. Die kroatische und die bosnische Regierung pumpten hunderttausende US-Dollar in zwei US-Werbeagenturen, in „Ruder Finn“ und „Hill-Knowlton“. Ruder Finn machte sogar lange Zeit das PR-Management für Bosnien und Kroatien gleichzeitig. Erst als Mitte 93 der Konflikt zwischen Kroatien und Bosnien eskalierte, lief Ruder Finn die kroatische Re-

gierung fallen, heuerte voll bei Bosnien an und kassierte großzügig Spenden aus den islamischen Staaten. Zur zentralen Strategie von Ruder Finn wurde es, die Moslems als die unschuldigen Opfer und Märtyrer der internationalen TV-Stationen zu präsentieren. Mit Erfolg, so wurden z.B. die Sanktionen gegen Serben-Montenegro wesentlich verstärkt, nachdem die Medien über eine Granate, die in einem wartenden Menschenhang gelagert wurde, berichtet. Bei der Verschärfung der Sanktionen ging

man davon aus, daß die Granate aus serbischen Stellungen abgeschossen wurde, was keineswegs bewiesen ist und von den französischen Zeitungen „Le Monde“ und „Libération“ bestritten wird. Unabhängig davon, woher die Granate kam, beweist dieses Beispiel den enormen Einfluß der Medien auf die Weltpolitik. Wer kontrolliert eigentlich CNN? Diese und einige andere Fragen bleiben für viele der einfachen TV-Konsumenten unbeantwortet.

man davon aus, daß die Granate aus serbischen Stellungen abgeschossen wurde, was keineswegs bewiesen ist und von den französischen Zeitungen „Le Monde“ und „Libération“ bestritten wird. Unabhängig davon, woher die Granate kam, beweist dieses Beispiel den enormen Einfluß der Medien auf die Weltpolitik. Wer kontrolliert eigentlich CNN? Diese und einige andere Fragen bleiben für viele der einfachen TV-Konsumenten unbeantwortet.

Jetzt ist es da!
Das neue VORWÄRTS, jetzt größer und noch besser! Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren.
Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab die Post!

Ja, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis!
- Ein VORWÄRTS-ABO für: Ein VORWÄRTS-FÖRDER-ABO für:
- 5 Nummern zu \$5 50 (inkl. Porto)
- 5 Nummern zu \$5 100 (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu \$5 100 (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu \$5 200 (inkl. Porto)

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:

- mich persönlich mit einem VORWÄRTS-Unterstützer treffen
- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- VORWÄRTS zum Weiterverkaufen (Bezahlung folgt nach dem Verkauf)
- Ich interessiere mich für Eure Materialien (Broschüren, Bücher, T-Shirts, ...)

Gerade jetzt: VORWÄRTS

1994 war ein Jahr, das für uns VORWÄRTS'ler sehr erfolgreich war. Seit Anfang des Jahres erscheint VORWÄRTS monatlich und in Großformat mit rottem Kopf. 1994 hat sich eine Menge getan und wir haben uns bemüht, die aktuellen Geschichten aus marxistischer Sichtweise zu berichten und kommentieren. Auf der außenpolitischen Ebene war das z.B. der Krieg in Jugoslawien, Ruanda und Südafrika. Auf der innenpolitischen die rassistischen Ausländergesetze, das Erstarken von Haider und der FPÖ und natürlich die Wahlen und das Sparpaket.

von Sonja Grusch;
für die Redaktion

Wir haben all das und noch viel mehr in VORWÄRTS kommentiert, haben Artikel und Veranstaltungen dazu gemacht und Broschüren herausgegeben.

All das war nur möglich durch den unermüdlichen Einsatz unserer UnterstützerInnen und LeseerInnen. Jede Woche gibt es an mehreren Orten in Wien und auch im restlichen Österreich Straßenverkauf. Auf allen wichtigen Demonstrationen, Aktions- und Veranstaltungen findet man VORWÄRTS-VerkäuferInnen und oft werden wir schon begrüßt mit „Ihr seid ja wirklich überall!“

Unser Ziel ist es, möglichst viele mit unseren Ideen zu konfrontieren, oder

Dafür kämpft VORWÄRTS:

- ★ Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- ★ 12.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
- ★ Eine garantierter Arbeitsplatz für jeden und demokratische Schulen!
- ★ 30 % Wohraum für jeden, Mieten bis max. 20 % des Nettoeinkommens!
- ★ Rigorese Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen!
- ★ Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie enteignet werden!
- ★ Gegen die Diskriminierung von Frauen; gleiche Rechte in allen Bereichen!
- ★ Schlub mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik!
- ★ Kein Ausverkauf der Verstaatlichten! Keine Stimme für die bürgerlichen Parteien!
- ★ Schlub mit der Zusammenarbeit mit den Unternahmen!
- ★ Neln zur Sozialpartnerschaft und jeder Koalition auf zwischen SPÖ und ÖVP, FPÖ und Liberalen!
- ★ Forum!
- ★ Wählt die SPÖ, um den Bürgerblock zu verhindern!
- ★ Kampf für eine sozialistische Politik in Betrieb, Ausbildungsbildung, Gewerkschaft und SPÖ!
- ★ Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle!
- ★ le und -verwaltung!
- ★ FacharbeiterInnen für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
- ★ Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

Termine

21.12.1994: Das AKÖ Wien-West plant "Aktionen gegen das Sparpaket"

6.1.1995: "Esoterik und Faschismus" ist das Thema einer Diskussion im AKÖ Wien-Süd

19.1.1995: Das AKÖ Wien-Ost schaut stolz auf's erfolgreiche erste Vierteljahr zurück. Deshalb gibt es die erste Gruppenkonferenz: Für Spaß und Stimmung ist gesorgt!

Wo Ihr uns treffen könnt:
Wien

SJ 3/ Gruppe COMMUNE:
jeden Mittwoch 19 Uhr
3. Zentrum Erdberg
Lechnerstr. 2-4

Sozialistische Jugend 20:
jeden Mittwoch im Monat
19 Uhr
20, Allerheiligenplatz 17

AKÖ Wien-Süd:
jeden Freitag 19 Uhr
5. "Rotpunkt"
Reinprechtsdorferstr. 6

AKÖ Wien-West:
jeden Mittwoch 19 Uhr
15, Goldschlagste. 26
(im Jugendkeller)

AKÖ Wien-Nord:
jeden Donnerstag 18 Uhr 45
20, Allerheiligenplatz 17
Ecke Donauschwengstr./
Vorgartenstraße

AKÖ Wien Ost:
jeden Donnerstag 19 Uhr
11, Hugoburgasse 8

Bundeständer

Wels, Salzburg
und Wr. Neustadt
Infos über die Hotline

0222/59 70 432

Lohnverhandlungen gegen die Gewerkschaft und ihre „überhöhten Forderungen“ wird in manchen Zeitungsläden relativ oft gewertet

VORWÄRTS ist noch keine Tagezeitung aber wir versuchen hier eigenen Gegenpol zu bilden. Wir kritisieren das Sparpaket und die SPÖ, die es mitumsetzt, wir werden aktiv gegen Haider und gegen Neonazis und wir wehren uns gegen Angriffe auf unsere Rechte und unseren Lebensstandard. Wir kritisieren das Gesellschafts- und Wirtschaftssystem - die Marktwirtschaft - in dem wir leben und das für die Mehrheit der Menschen auf dieser Welt unterdrückt, Hunger und Elend bedeutet. Konsequenter Kampf gegen die stalinistischen Diktaturen in Osteuropa hat ebenfalls immer zu unserem Programm gehört. Und obwohl das von den Medien ständig durch den Dreck gezogen wird, scheuen wir nicht davor zurück zu sagen, daß wir für eine sozialistische Gesellschaft kämpfen. VORWÄRTS hat sich nicht darauf konzentriert, ein Problem verschwinden zu lassen, wenn man lange genug darüber redet, man muß aktiv werden, um es los zu werden.

Und der Erfolg gibt uns recht - immer mehr Abonnenten, Käufer und Verkäufer, immer mehr, die VORWÄRTS kennen und immer wieder kaufen. Und nun durch diese Unterstützung können wir unsere Arbeit überhaupt machen, wir erhalten kein Geld von irgendeiner Organisation oder Partei. Unsere einzige Geldquelle sind unsere LeserInnen und UnterstützerInnen.

Das hat natürlich Konsequenzen: Jeder Schilling ist wichtig für uns. Aber das lohnt sich, weil wir dadurch schreiben können, was wir wollen. Uns kann keiner Parteibürokrat den Gehdahn zudrehen, weil ihm unsere Meinung nicht paßt. In Österreich gibt es keine Tageszeitung, die wirklich im Interesse „des kleinen Mannes, der kleinen Frau“ schreibt. Die Kürzungspolitik der Regierung wird, mit ein paar kritischen Anmerkungen, akzeptiert, gegen „Sozialschmarotzer“ und „Ausländer“ und bei

um all das zu erreichen, brauchen wir Eure Unterstützung - und zwar in jederlei Hinsicht. Beim Zeitungsverkauf werden wir oft gefragt „8-Schilling, wofür ist das?“. Die 8-Schilling reichen nicht einmal aus, die Druckkosten zu bezahlen. Um die Differenz und unsere sonstigen Ausgaben (Miete für unsere Redaktionsräume, Telefon, etc.) sind wir auf Spenden angewiesen. 1994 haben wir unser Kampfziel dank Eurer Unterstützung erreicht, und sogar überschritten. 1995 wird sicher kein ruhiges Jahr werden. Das Sparpaket und der Aufstieg Haiders werden sozialistische Arbeit notiger als bisher machen. Wir stehen am Ende der sozialpartnerschaftlichen Nachkriegszeit und vor einer Periode von massiven Angriffen auf die Arbeiterklasse.

Und nun am Ende dieses Artikels geht es um dieses Thema. Wir wissen, daß es schwer ist, sein mühsam erarbeitetes Geld wieder herzugeben. Die Kürzungspolitik der Regierung wird, mit ein paar kritischen Anmerkungen, akzeptiert, gegen „Sozialschmarotzer“ und „Ausländer“ und bei

der Kampf für eine sozialistische Politik in Betrieb, Ausbildungsbildung, Gewerkschaft und SPÖ!

Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle!

le und -verwaltung!

FacharbeiterInnen für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!

Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

Internationales
Termine



Deutsche Gegenstüze

1994: Das Jahr in dem die Gewinne der deutschen Industrie um 150% gestiegen sind.

1994: Das Jahr in dem die Personal kosten um 4,5% gesenkt wurden und die Produktivität um 2,2% stieg.

Trotzdem sinkt die Arbeitslosigkeit nicht und auch die Löhnerhöhungen werden wieder mager ausfallen.

BMW zahlt wenig

Heuer wird der BMW-Konzern eine Umsatzsteigerung von rund zehn Prozent haben. Eingespart wird bei den Lohnkosten. Im US-Work in South Caroline liegen die Lohnkosten um 30% niedriger als in Deutschland, Anreiz genug, um auf die Arbeiter in Deutschland Druck auszuüben, den Lohn zu senken.

Aufmarsch in Mexiko

Auch ein Jahr nach dem Aufstand in Chiapas ist Mexiko nicht zur Ruhe gekommen. Nach dem Wahlbericht im Sommer gibt es nun wieder Unruhen. An der misérable Situation der Indigenas hat sich nichts geändert, ebenso wie an Ausbeutung und Unterdrückung. Die Kapitalistische Befreiungssarmee (Zapatistas) ist vor allem in Chiapas nach wie vor aktiv.

Kapitalismus in Osteuropa

Ab 1. Jänner werden in Ungarn die Preise für Strom (+65%) und Gas (+53%) erhöht.

Mehr als die Hälfte der Bulgaren leben unter der Armutsgrenze. Durch die Einführung der Marktwirtschaft und die Privatisierungen steigen die Preise um mehrere 100%.

Schweizer gegen Ausländer

Bei einer Volksabstimmung stimmen rund 70% der Schweizer für ein neues rassistisches Gesetz. Asylsuchende und andere Ausländer ohne Aufenthaltsberechtigung können nur bis zu 3 Monate in Vorberichtigung genommen werden, wenn sie strafällig werden oder nicht bereit sind, sich auszuweisen. Doch das können sie meist aus Mangel an Dokumenten nicht. Die Schuhhaft wird von 30 Tagen auf drei Monate ausgedehnt. Sie kann um weitere sechs Monate verlängert werden. Österreich: Beispiele machen Schule.

Wahlserfolg der Nationalisten

Nach den vorgezogenen Wahlen Abgäng Oktober ist die Slowakei von politischer Stabilität weit entfernt. Die Koalition aus konservativen Parteien und der SDL („Reformkonservativen“) erhielt eine deutliche Absage. Premier Vladimir Mečiar, der mit seiner „Bewegung für eine demokratische Slowakei“ maßgeblich für die Abspaltung des Landes verantwortlich ist, ging mit 35% als Sieger hervor. Er vertrat ein durch und durch populistisches Programm: Privatisierungstopf und soziale Gerechtigkeit durchsetzen mit nationalistischen Parteien. Der eigentliche Sieger war

die „Alt kommunistische“ Vereinigung der Arbeiter, mit einem relativ kapitalistisch-konservativen Programm.

Jetzt 5 Jahre danach, ist die damalige Euphorie zerbrochen: Kein Wirtschaftswachstum, 17,5% Arbeitslosigkeit und keine Perspektive auf Besserung. Das BIP ist von 7.000 Dollar 1990 auf 5.900 Dollar 1994 gefallen. Die Teilung der Tschechoslowakei schadete der Slowakei weiter mehr als Tschechen.

aber die „Alt kommunistische“ Vereinigung der Arbeiter, mit einem relativ kapitalistisch-konservativen Programm.

Mečiar ist ein Vertreter der Herrschenden und war in schwere Korruptionsfälle verwickelt. Er wird in Zukunft versuchen, noch stärker auf die nationalistische und autoritäre Karte zu setzen.

Roma und Sinti

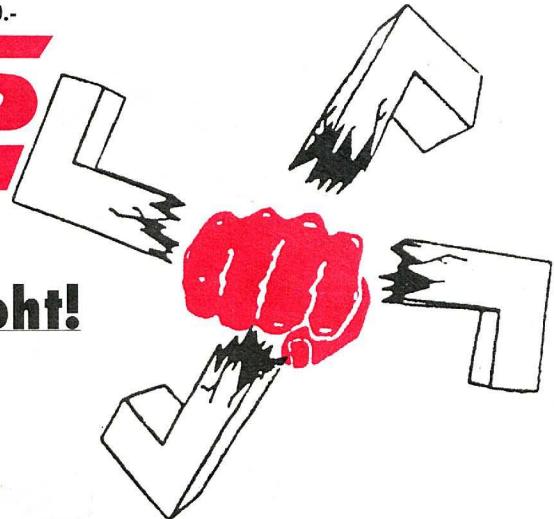
Wie überall auf der Welt versuchen rechtsextreme Gruppen von den eignen Problemen abzulenken.

Arrivederci, Berlusconi

Der Stern Berlusconi ist trotz des Sieges seines Fußbalklubs gegen Salzburg im Stinken begriffen. Die Arbeiterklasse hat sein korruptes Regime durch Massenproteste schwer erschüttert.

von Ali Kropf;
SJ Web-Barricade

Einige Kommentatoren kündigen bereits das Ende der Drei-Parteiregierung, bestehend aus Forza Italia, Lega Nord und Allianza Nazionale unter Berlusconi. Führer Gianfranco Fini, Führer der faschistischen Allianza Nazionale hat schon das öfteren mit Ausstieg aus der Regierung gedroht. Er will dem Ruf nach einem „starken Mann“ folgen und sich selbst an die Spitze des Staates setzen. Es scheint als hätte das Zugpferd Berlusconi für Italiens Neofaschist ausgedient. Beim zweiten Koalitionspartner schaute es allerdings wie in Österreich am Ende des Zweiten Weltkrieges her. Zu bereiten, der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die größte Streik- und Massenbewegung durch das Sparpaket der Regierung seit der Gründung der Republik 1946 zurückblicken. Es endete mit Versprechen der Wirtschaftskrise Herr zu werden und rund 1 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt kann er auf die



30.000 von Abschiebung bedroht!

Stoppt

Rassismus!



Die neue Bundesregierung wendet sich nicht „nur“ gegen Inländer, auch Ausländer müssen als Sündenböcke herhalten. Der derzeitige restriktive Kurs wird weitergeführt. Welche Landschaft hinter diesen Vorschlägen steckt, ist nicht schwer zu erraten. Zusätzlich zu den Repressionsmaßnahmen im Regierungsübereinkommen wird die Gastarbeiterquote auf 8% gesenkt - 30.000 sind von Abschiebung bedroht.

von Katja Arthofer;
AKÖ Wien-Ost

In erster Linie geht es der Bundesregierung um geschlossene Grenzen und - Originalzitate aus dem Regierungsabkommen: um „...effiziente Grenzkontrolle, eigenständiger Grenzdienst der Bundesgendarmerie, weiterhin Assistenz Einsatz des Bundesheeres, Bindung des Aufenthaltsrechtes an Wohnungs- und Einkommenskriterien“.

Zur „besseren Beweissicherung“ soll ein „nichtdiskriminierendes [!] Erkennungsmittel (beispielsweise Ausweise) ...“ eingeführt werden. Dieser Punkt ist offenbar einer der wenigen Punkte des FPÖ-Antiausländer-Volksbegehrens, den die Regierung bisher noch nicht verwirklicht hatte.

Dafür wird aber ein Integrationsbeauftragter und sogar eine Be schwerdekommission im Innenministerium eingerichtet... Sehr nützlich, wenn Flüchtlingen, wie unlängst bekannt wurde, erst am Flughafen ihr ablehnender Bescheid in die Hand gedrückt wird.

Aber auch schon die letzten Jahre

waren durch ausländerfeindliche Gesetze und Erlasse gekennzeichnet. Die Situation von Ausländern in Österreich wurde (und wird) immer erdrückender. Sie ziehen in Fonds (z.B. die Wohnbauförderung und Notstandshilfe) ein, haben aber kein Recht, deren Leistungen zu beanspruchen - denn entgegen einem weit verbreiteten Gerücht, dürfen Ausländer nicht in Gemeindebauwohnungen leben; sie können die Politik des Landes, in dem sie leben, nicht einmal beeinflussen, da sie kein Wahlrecht haben; auf Betriebsebene besteht noch immer keine Möglichkeit für Ausländer, als Betriebsräte zu kandidieren....

Ausländische Kollegen grenzenlos erpressbar

Und z.B. durch das Aufenthaltsgesetz werden Ausländer immer mehr erpressbar: Da die Unterschrift des Hausbesitzers und -verwalters am Meldezettel nötig ist, wird diesem die Möglichkeit gegeben, Ausländer, die in einer zu kleinen und sowieso schon teuren Wohnung leben müssen, weiterzuzunehmen. Und da für die Verlängerung des Aufenthaltsrechtes

eine geregelte Einkunft nachgewiesen werden muß, kann ein Ausländer dem Unternehmer sicher nicht widersprechen, wenn ihn dieser zu einem sehr niedrigen Lohn weiterbeschäftigt bzw. unbezahlte Überstunden machen läßt. Ausländer zahlen jahrelang Monat für Monat in die Arbeitslosen- und Sozialversicherung ein. Wenn sie aber zum ersten Mal diese Gelder beanspruchen müßten, könnten sie diese nur beschränkt in Anspruch nehmen, denn sonst würde ihr Aufenthalt sicher nicht verlängert werden.

Asyl und Österreich ??

Zur „uneingeschränkten Aufrechterhaltung der Stellung Österreichs als sicheres Asylland“ kann man so einiges anmerken. Daß Österreichs Status als sicheres Drittland immer mehr in Zweifel gezogen wird (z.B. von der UNO), widerspricht diesem scheinheiligen Lippenbekenntnis. Übrigens sieht Österreich alle seine Nachbarstaaten als solche sicheren Drittländer an (ganz klar, wenn man z.B. weiß, wie offen Kroaten bosnischen Kriegsflüchtlinge aufnimmt). Jeder, der bei seiner Flucht einen

Zwischenstopp macht, hat schon keine Chance auf Asyl mehr. Österreich - ein angeblich „sicheres Asylland“ - in dem man aber faktisch nur minimalste Chancen auf Asyl hat. Kommt Flüchtlinge illegal nach Österreich, werden sie in Schuhhaft genommen und daß die Zustände dort unbeschreiblich schlecht sind, weiß man aus zahlreichen Berichten über die mangelnde rechtliche, medizinische und hygienische Versor-

te immer wieder behauptet wird, für die wirklich Verfolgten offen steht.

Österreich macht 95 die Grenzen dicht. Höchstens 17.000 Ausländer aus Nicht-EU-Staaten dürfen sich in Österreich niederlassen, 2/3 davon fallen auf Familienzusammenführungen. In der ersten Hälfte 95 kann laut Entwurf Löschnaks kein einziger neuer „Gastarbeiter“ mit einer Aufenthaltsbewilligung rechnen.

Die Regierung betreibt eine auslän-



Sieh nur! Sie nehmen uns die Wohnungen

gung. Sogar der Verwaltungsgerichtshof hebt der Reihe nach Asylbescheide des Innenministeriums auf, die überdies zum größten Teil aus EDV-gespeicherten Textheben bestehen. 1994 wurden bis Oktober fast 10.000 Menschen aus Österreich abgeschoben, ganzen 444 wurde Asyl gewährt - Österreich das sichere Asylland?? Kaum 6 % der Flüchtlinge haben den Schutz Österreichs bekommen, das, wie von offizieller Sei-

dereinfändliche Politik. Die Situation, daß unsere ausländischen Kollegen und Kollegen politisch rechtslos gehalten werden und dadurch leichter ausgenommen werden können, ist untragbar.

Um dagegen was zu tun, ist es notwendig sich zu organisieren und gemeinsam gegen den staatlichen Rassismus und dessen Nutznießer, die Unternehmer, aufzutreten.